

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonntag nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27.



Anzeigen

werden die sechsgepalte 3 mm hohe (Verti-)Zeile oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet, auswärts 15 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen laufen pro Seite 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, D.tensordruckt und 2 eigeleserung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonto Frankfurt am Main Nr. 2071.

Annahmegerühr für Offerten und Ankunst beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden bill. ft berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg. Für die Schriftleitung verantwortlich: hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 15.

Donnerstag, den 6. März 1924

17 Jahrgang.

Wie wollen alle Brüder sein, an Deutschlands Brust uns schmiegen, an Inn und Eider, Donau, Rhein uns in den Armen liegen.

Briefe die ihn nicht — erweichten.

Der Briefwechsel Macdonald—Poincare ist eine englisch-französische Angelegenheit. Was dabei herauskommen konnte und warum diese Art von Aussprache zu führen geeignet sei, oder, ob sie geeignet sei, nur immer weiter auseinanderzutreten, darüber mögen wir die Beteiligten ortsinn lassen. Dies muß es genügen, daß Macdonald diese neue Methode bezieht, und daß Poincare es für zweckmäßig hält, gute Worte zum besten Spiel zu machen. Denn auch allerdings dürfen wir, als die, die die Kosten auf jeden Fall zu bezahlen haben, wohl fragen, was jeder der beiden Teilnehmer für sich dabei bezwecken mag.

Leute, die das Gras wachsen hören, behaupten, Macdonald wolle „eine Atmosphäre schaffen“. Man kann es ja zur Beweismenge auch einmal so ausreden. Sont wurde es genaug die angewonnene Verwendung genügen: Macdonald wolle politisch manen. Was für eine? Nun, keine natürlich. Anfangs gebührt hat Macdonald an Poincare seinen ersten Brief geschrieben. Gewissermaßen die Vorrede: Ich meine mag zur Ehre. Poincare war dem neuen Mann gegenüber unangelegentlich vorwitzig. Er tat, was Diplomaten immer tun, wenn sie sich zu nichts verpflichten wollen: er legte seine Antwort aus dem Brief ab, den er erhalten hatte. Sogut und einfach, groß werden, wie es seiner Natur am besten gelegen hätte, ging nicht. Dazu war der Stand des Franzosen schon zu schlecht, dazu waren stammer und Senat schon zu aufässig. So wollte Poincare sein Tages und nachtragendes: „es hat uns sehr gereut“ aus Wendungen des Macdonald-Briefes auf, mit einem fauler-luzen Zweifel aus der Küche des Land d'Oran dagewonnen getopft.

Macdonald hatte versucht, aus einem Vothringer Käse Fäden zu spinnen. Das war natürlich vorbei gelungen. Aber Macdonald ist hart. Dieser Macdonald ist kein Engländer, sondern egoiste. Er paßt die Politik anders an als sein Vorgänger, der je immer ein wenig so trieb, wie der vornehme Engländer Fußball, Golf, Jungsjago und Jungs bereitet: man magt mit, weil der gute Ton es einmal will, wie eben alle mimadern, ohne jede Note persönlicher Eigenart. Macdonald gibt der Politik, die er treibt, gerade die persönliche Note, und eine ernste, schwere Note dazu. Seit er Poincares Antwort erhalten hat, die mit vielen Worten nichts sagt, hatte sich einiges ereignet, was zu dieser Politik nicht ohne Beziehung einiges ereignet. Der Franzose war weiter abwärts gerufen. Poincares Weisheit erodete entsprechend ab. Und was für ein Macdonald wohlsteigentlich wichtiger war: die Arbeiten der beiden Saagerhandlungen-Ausgangs gehen zu Ende. Die letzten beständigen Saanen, was hinterm Poincare-Briefe durch die lang d'Oran, ist gestürzt worden.

Und gestürzt über das Verhältnis zwischen Frankreich. Man tut so, als sei das Abkommen zwischen den Vorkriegszeiten. Aber es ist doch ganz klar: ein Belgien, das politisch zum Vorkriegsstand zurückgeführt wird, gerät auch wirtschaftlich in Abhängigkeit von Frankreich. Und die Kosten dieser Abhängigkeit bekommen die Völker zu zahlen. Denn daß in Belgien noch immer so viel Völker wie Wallonen wohnen, das hat auch das Versailler Diktat, das die Welt nach französischen Wünschen neu überdarrten sollte, bisher nur sehr mangelhaft bededen können. Die Völker sind von der deutschen Belegungsmaße seiner Zeit, den Wallonen gegenüber, als gleichberechtigt behandelt worden, während sie den Franzosen und Vorkriegslingen als minderwertige Klasse gegolten hatten. Kein Völker hat je daran geglaubt — auch von denen keiner, die heute noch um ihrer Liebe zu ihrem Volkstum willen im Kerker schmachten — daß er etwa die „ständische Kräfte“ dem Großadmiral Tirpitz zum Geschenk zu machen. Aber auch Völker, die sich der deutschen Belegungsbehörde gegenüber scharf abnehmend verhalten haben, haben vermutlich keine Lust, sich vom Poincarismus und seinen Trabanten je wieder unter „die besiegten Völkerstaaten“ einreihen zu lassen. Und wenn sie das vermeiden wollen, so brauchen sie ein wirtschaftliches von den Franzosen unabhängiges, gemeinsames Vaterland mit den Wallonen. Wirtschaftlich unabhängig von Frankreich aber bleibt Belgien, bei den Weltverhältnissen, wie sie heute sind, nur, wenn es seine Freiheit nicht dauernd preisgibt, sich politisch auch an England anzuschließen.

Es ist also gerade kein Zufall, daß im Augenblick, wo in England die Arbeiterpartei am Ruder ist, in Belgien Sozialisten und Flamen sich zusammenfinden, um das Wirtschaftsabkommen zu Fall zu bringen, das die Sörigkeit Belgiens gegenüber Frankreich auf absehbare Zeit besiegeln sollte. Will die britische Regierung Belgien nicht geradezu in die Arme des Poincarismus zurücktreiben, so muß sie jetzt sich rühren und ein neues Spiel ansetzen, um, wenn die Berichte der Sachverständigen deutlich werden, aufspielen zu können. Zu diesem Ende redet Macdonalds zweiter Brief eine wesentlich deutlichere Sprache als der erste. Das der eigentliche Zweck des Briefes sei, Poincare zu überzeugen, ist unwahrscheinlich. Auch Macdonald wird wissen, daß der Poincarismus mit Poincare und ohne Poincare denkbar ist, daß aber eine Befreiung des friedlosen Europas vom Poincarismus — mit Poincare nicht wohl zu erhoffen ist. Wenn Macdonald seinen Brief geschrieben hat, obwohl er nicht hoffen konnte, Poincare zu erweichen, so darf man ihm zutrauen, daß er trotzdem seinen wohlüberlegten Zweck damit verfolgt. Hat Poincare seiner Zeit englische Wahlpolitik betrieben, freilich mit dem Erfolge, seinen Günstling Baldwin zu Fall zu bringen; warum soll nicht Macdonald versuchen, auf seine Weise französische Wahlpolitik zu machen? Indem er seinen geraden Weg geht, als ob gar keine französischen Wahlen in Aussicht stünden, aber auch keinen Zweifel daran aufkommen läßt, daß er ihn weiterzugehen entschlossen ist!

Und Poincare? Er macht, ein unerschrockener Fechter, der er ist, aus dem unbequemen Brief, was daraus zu machen ist. Zu Macdonald kam er natürlich nicht mit dem gleichen Zwintern sagen, wie seiner Zeit zu den französischen Journalisten: „Ich reise mich doch nicht um deutsche Zahlungen. Ich nehme doch lieber Kand. Sie nicht?“ Zu Macdonald sagt er ernst, würdig: „Kein Franzose begehrt auch nur einen Fingerbreit deutsches Land. Wären die Deutschen uns bis auf den letzten Heller bezahlet, so werden wir ihr Land räumen — vorausgesetzt, daß wir, die Schwerbewaffneten, bis dahin endlich gegen die Entwaffnung ausreichend gesichert sein werden.“ Und die kleinen Augen zwintern den Lands unten verflochten zu. Ob's noch einmal verfangen wird? — Dazu muß man geduldig abwarten. Zu früh darf er nicht abwarten, der Erfinder des Poincarismus in eigener Person, sonst bekommen wir den Poincarismus ohne Poincare nachgeliefert. Der würde die freudlose Welt mit Störpöcken züchtigen, die sein Vater Poincare mit Peitschen gezüchtigt hat.

Politik

Die Spaltungsgefahr in der Deutschen Volkspartei.

Berlin, den 4. März.

Der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Berner wird bekanntlich von der Deutschen Volkspartei nicht wieder aufgeführt. Das ist deshalb bei der deutschen nationalen Parteienleitung angefaßt, ob ihm im Falle eines Übertrittes zur deutschnationalen Volkspartei ein Reichstagsmandat zugehört werden könne. Man verzichtet in der deutschnationalen Reichstagsleitung ungern auf die Mitarbeit des erfahrenen Politikers und Diplomaten, sieht sich jedoch mit Rücksicht auf die völkische Einstellung der Partei nicht in der Lage, einen Kandidaten zu befirmen, dessen verwandtschaftliche Beziehungen zum Deutschtum bekannt sind und der bisher für das völkische Programm auch kein besonderes Interesse bewiesen hat. Es kommt hinzu, daß man in deutschnationalen Kreisen in privaten Besprechungen von den Führern der deutschnationalen Volkspartei dahin verständigt worden ist, daß die offizielle Abgabe der Volkspartei an die Idee eines gemeinsamen völkischen Wahlbündnisses nicht als endgültig zu betrachten sei. Vielmehr will man damit die deutschnationalen zwingen, nur solche Kandidaten aufzustellen, deren völkische Zuverlässigkeit zweifellos ist. Werde dies befolgt, so würde schließlich der Bildung des deutschnationalen Wahlbündnisses nichts mehr im Wege stehen.

Die 3. Steuernotverordnung vom Reichsgericht für rechtsgültig erklärt.

Leipzig, den 4. März.

Der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts, durch dessen Urteil vom 28. November 1923 die ganze Aufwertungsfrage in Fluß kam, hat die Aufwertung betreffenden Bestimmungen der 3. Steuernotverordnung für rechtsgültig erklärt. Damit ist für diese wichtige Steuernotverordnung auch eine klare Rechtsgrundlage geschaffen und den gegen die gerichteten Bestrebungen die Spitze abgebrochen worden.

Die Zahl der Erwerbslosen.

Berlin, den 4. März.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beträgt nach den letzten Angaben im unbefestigten Gebiet die Zahl der voll-

unterstützungsberechtigten Erwerbslosen 1 300 000, die der Kurzarbeiter 257 000, die der die der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen 1 475 000. Aus dem besetzten Gebiet liegen keine zuverlässigen Angaben vor. Die Zahl der vollunterstützungsberechtigten Erwerbslosen im ganzen Reichsgebiet dürfte annähernd 3 Millionen betragen.

Reichspräsident und Reichskanzler auf der Leipziger Messe.

Leipzig, den 4. März.

Zu der üblichen Begrüßung der Vertreter der Reichs- und Landesbehörden waren eine ganze Anzahl Reichsminister hierher gekommen, so der Innenminister Jarres, Wirtschaftsminister Hamn, Arbeitsminister Brauns und Postminister Hoefe. Reichskanzler Dr. Marx hat seinen Besuch schon zugelangt, ist aber von Berlin unabkömmlich der Reichspräsident Ebert wird noch erwartet. Auf die Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten Feld antwortete für die Reichsregierung Minister Brauns, der die Messe zu ihrem bisherigen Erfolge beglückwünschte und zu dem für das Gedeihen der Industrie lebenswichtigen Problem der Währungsstabilisierung ausführte, er glaube, daß Industrie und Handel wieder in freier Konkurrenz schaffen und alle Organisationen des Zwischenhandels, alle Zwischenglieder zwischen Hersteller und Konsument sich auf die neue Zeit umstellen müßten. — Die in großer Zahl vertretenen ausländischen Einkäufer legen sich einweilen noch stärkere Zurückhaltung auf, während im Inlandsgeschäft am Montag und heute bedeutende Abschlüsse zustande kamen.

Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Österreich.

Berlin, den 4. März.

In Berlin trafen eine Anzahl führender österreichischer Wirtschaftler, an ihrer Spitze der Handelsminister, ein, um hier die Vorbereitungen zur Schaffung einer den beiderseitigen Handel fördernden Organisation zu treffen.

Dr. Rosenbergs deutscher Gesandter in der Türkei?

Berlin, den 4. März.

Wie wir erfahren, dürfte die Ernennung des früheren Außenministers Dr. Rosenbergs zum deutschen Gesandten in der Türkei in Kürze erfolgen. Ob der Sitz der deutschen Gesandtschaft Konstantinopel oder Angora sein wird, sieht noch nicht fest.

Verchiebung der russisch-rumänischen Konferenz.

Berlin, den 4. März.

Die auf den 10. März nach Wien einberufene russisch-rumänische Konferenz, auf der die besarabische Frage die rumänischen Schadenersatzforderungen und die Rückgabe des leinzerz nach Rußland überführten Goldschatzes zur Behandlung kommen, wird, wie wir von diplomatischer Seite erfahren um einige Tage verschoben.

Reichskanzler und Hitler-Prozeß.

Bekanntlich besteht die Absicht, durch Interpellationen im Reichstage eine Aussprache über den Hitler-Prozeß herbeizuführen. Wir erfahren über die Absichten der Reichsregierung dieser Angelegenheit:

Von parlamentarischer Seite ist angeregt worden, daß die Reichsregierung im Rahmen der großen politischen Aussprache auch die Gelegenheit wahrnehmen möge, auf das hitlerische Putschunternehmen einzugehen und die gegen die Reichsregierung von Seiten der Angeklagten erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Diese Anregung beschäftigt gegenwärtig eingehend die beteiligten Stellen der Reichsregierung. Wie verlautet, ist Reichskanzler Dr. Marx der Meinung, daß es angebracht erscheine, dieser Anregung Folge zu geben, und zwar mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die von Seiten der Regierung darüber unterrichtet werden müsse, welche ersten Rückwirkungen ein erfolgreicher Staatsprozeß auf die Lage Deutschlands ausübt hätte.

Deutschland und die Türkei.

Eine der paradoxen Wirkungen des Versailler Vertrages sind die Freundschaftsverträge. Der Versailler Vertrag, man hat es schon halb vergessen, war von seinen Urhebern als Weltfriedensurkunde gedacht, die nicht nur alle untereinander zerstrittenen Siegerstaaten, sondern, dem Begriffe nach, auch die neutral Gebliebenen und die Besiegten mit einer einzigen, auf eine gewisse Endgültigkeit berechneten Universalorganisation überdecken sollte. In Versailles und seinen Nachbarn sollten eben die Ergebnisse des großen Krieges auf eine festen Form gerinnen, der Form der neuorganisierten Welt; der Ausdruck dieses Versuches war die überstaatliche Organisation des Völkerbundes. Kein auffälliger Beweis für die Fehlerhaftigkeit des Versailler Vertrages und die unvollkommene Anwendung des Völkerbundgedankens war vor-

stellbar, als eben der Abschluß einer Reihe von Bündnis-, Wirtschafts- oder Freundschaftsverträgen außerhalb des Abwehrbereiches von Versailles. Die neuen oder erneuerten Staaten, die „Freundschaftsverträge“ miteinander schlossen, also gegenseitig ihr Recht auf Leben, Sicherheit und Gleichbehandlung anerkannten, belagten damit, daß diese Selbstverständlichkeiten durch den Weltfriedensvertrag keineswegs verbürgt, vielmehr gerade durch ihn in Frage gestellt waren. Statt in einem von überstaatlichen Willen eingeschränkten gemeinsamen Hause zu wohnen, mußten die Völker sich so gut es ging auf einem Trümmerfeld einrichten, mit andern Worten: Sonderverträge schließen.

Eine solche gegenseitige Anerkennung dessen, was beide Teile aus dem Zusammenbruch der Vorkriegszeit geerbt haben, nicht mehr, ist der deutsch-türkische Freundschaftsvertrag. Die Beziehungen, die zwischen dem neuen Deutschland und der neuen Türkei auf Grund dieses Vertrages aufgenommen werden, sind nicht mehr so vielseitig, vielmehr und „interessant“ wie die des deutschen Kaiserreiches zu dem zerbröckelnden Großreich des Sultans. Die Machtphären der beiden berühren einander nicht unmittelbar mehr, aber gerade darum wird ihr jegliches Abkommen in reinerer Luft geschlossen. Deutschland ist zu sich selbst zurückgekehrt, die Türkei ist ein Nationalstaat geworden, ohne die Ansprüche, aber auch ohne die Hoffnungslosigkeit einer zum Untergang verurteilten Scheingroßmacht. „Weltpolitik“ im Stile des Jahrhundertanfangs macht auch das deutsche Reich heute nicht mehr treiben; es kommt nicht in die Verfassung, sich an den Giften der Orientpolitik zu verausgaben, oder, um ein Weltreich an empfindlicher Stelle treffen zu können, das Osmanentum in ein, wie jetzt zugegeben werden darf, keinen von beiden Teilen sonderlich ansprechendes Bündnis zu zwingen. Die Freundschaft der beiden Imperien von 1913 war von zu vielen und vielgestaltigen Zwecken durchlegt, um frei von Vorbehalten und Hinterhalten zu sein; die Beziehungen des neuen Deutschland zu der Türkei sind einfach der Ausdruck des Willens, Frieden und Freundschaft zu heilen, wo immer beides gewährt wird — erwärmt durch das Gefühl einer Schicksalsähnlichkeit. Aber auch eine solche Einfachheit der Ziele darf natürlich kein Anlaß sein, die neuen Beziehungen diplomatisch anders als mit der denkbar größten Sorgfalt zu behandeln. Wie es scheint, will sich Deutschland in der neuen Türkei durch Herrn von Nolzenberg vertreten lassen. Ist dieser Diplomat alter Schmu wirklich der geeignete Mann? Zur Freundschaft gehört doch wohl, daß Deutschland der Türkei auch personalpolitisch das Meistbegünstigungsrecht nicht vorenthält.

Das Mißgeschick des Reichstages.

Im Münchener Hitler-Prozess ist es zu einem Zwischenfall gekommen, der von der Prozess-Berichterstattung weniger beachtet wurde und vielleicht garnicht wahrgenommen ist, der aber das Reichswehrministerium besonders berührt. Wie unser Berliner Vertreter erfährt, handelt es sich um folgenden Fall:

Bei der Vernehmung der militärischen Führer der Infanterieschule in München im Hitler-Prozess am Dienstag wurden die Vertreter des Reichswehrministeriums von der Sitzung ausgeschlossen. Dieses hat in Kreisen des Reichswehrministeriums in Berlin großes Aufsehen hervorgerufen. Die beiden Vertreter des Reichswehrministeriums, Hauptmann Speck und Major Gauderville, haben den Auftrag erhalten, bei dem Gericht gegen ihren Ausschluß zu protestieren, da sie als amtliche Vertreter des Reichswehrministeriums beauftragt seien, über die höchsten militärischen Interessen des Deutschen Reiches bei dem Hitler-Prozess zu wachen. Auf der anderen Seite aber hält man es für unmöglich, irgendwelche Schritte gegen den Gerichtsbeschuß in München zu unternehmen. Zutreffend hatte das Gericht die Möglichkeit, über die Zulassung der Vertreter des Reichswehrministeriums unabhängig zu entscheiden, jedoch es sich bei der Angelegenheit lediglich um die Verletzung politischer Interessen, nicht aber, wie auch vom Reichswehrministerium anerkannt wird, um reine Rechtsintervenienzen handelt. Die Angelegenheit wird daher kein Nachspiel haben. Bei den Vorstellungen der Vertreter des Reichswehrministeriums soll lediglich darauf verwiesen werden, daß das Reichswehrministerium als höchste militärische Behörde in Deutschland ein dringendes Lebensinteresse daran hat, die militärischen Zusammenhänge des Hitler-Budendorff-Unternehmens kennen zu lernen.

Der Hitler-Prozess in München.

Die Dienstags-Nachmittags-Sitzung.

Von elf Zeugen der Infanterieschule waren in der geschlossenen Vormittags-Sitzung nur zwei vernommen worden, auf die übrigen neun wurde verzichtet. Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung war eine Reihe höherer Polizeibeamter als Zeugen erschienen. Nach Feststellung ihrer Personalien verließen sie wieder den Sitzungssaal.

J. R. Dr. Schramm erklärt: „Hauptmann Köhm hat angegeben, daß der Leutnant d. Res. Casella aus dem Stierbeil gelagt habe, er sei vom Oberst. Braun erschossen worden. In der „Groß-deutschen Zig.“ steht nun zu lesen, daß am 3. März der Kommandeur des 19. Infanterieregiments Oberst Graf Berchem bei seiner Freisprechung den Oberst Braun als einen ausgezeichneten Offizier, dagegen Köhm, bei dieser seine Behauptung zurücknimmt, als den niederträchtigen Verleumder bezeichnet habe. Es existiere ein einziger Zeuge, der aus dem Munde des sterbenden Casella die von Köhm vorgegebene Äußerung gehört habe. Gebe Oberst Graf Berchem durch sein Benehmen zu erkennen, daß die Sachdarstellung wahr sei, dann werde Hauptmann Köhm ihn zur Rechenschaft zu ziehen wissen.“

Der Vorsitzende verlas darauf folgende Erklärung des 1. Infanterieregiments: „Zur Erklärung des Hauptmann Köhm erkläre ich als Kommandeur des 1. Inf.-Regts. 19 mißbillige auf den Tod Casella, daß von Oberst. Braun über Haupt kein Schuß abgegeben worden ist und daß auch von die dem nicht die Bemerkung gefallen ist: „Ach bin Soldat, dafür werde ich bezahlt!“ Ebenbenichtig wurde von Braun der Versuch gemacht, Offizieren die Vorlesung und Abschlüsse herunterzurufen. Auch Professor Schmidt, der Casella beistand hat erklärt, daß ihm gegenüber Casella den Namen des Oberst. Braun niemals ausgesprochen habe.“

Es wird hierauf in die weitere Zeugenvernehmung eingetreten. Als erster wurde augerufen

Obetregierungsrat Lemmer,

der Stellvertreter des Polizeipräsidenten Mantel, der u. a. erklärte: „Friedrich bin ich seit langem bekannt, hatte dienstlich mit ihm öfters Fühlung und aus Gesprächen mit ihm gewann ich den Eindruck, daß er durchaus rechts eingestellt war und mit den Führern der deutschpolitischen Bewegung Beziehungen aufrechterhielt. Ich habe keine Anhaltspunkte dafür, daß Friedl Kenntnis davon hatte, daß für den Abend des 8. November ein Aufschuß beabsichtigt war. Früher bereits habe ich angegeben, was mir etwa im Oktober der Polizeipräsident mitteilte, er habe von der politischen Abteilung erfahren, daß davon gesprochen worden sei, welche Männer im Falle eines politischen Umsturzes Führer der Bewegung sein sollten, und daß für den Posten eines Polizeipräsidenten Friedl in Betracht käme. Dieser habe sich auch dazu bereit erklärt, über die Kabarettveranstaltung in Bürgerbräukeller habe ich Friedl nur gefragt, ob er hinausgehe, und dieser antwortete darauf, er wolle es noch nicht bestimmen. Am Abend des 8. November war ich im Theater, und als ich auf dem Heimwege die Polizeidirektion betreten hatte, ging an mir Bohm und Friedl vorbei. Ich fragte den letzteren:

„Was habt Ihr für Gesichts gemacht?“

worauf mich Friedl an Regierungsrat Bois verwies. Auf die Frage des Vorliegenden, ob Oberamann verpflichtet gewesen sei, ihn zu verständigen, bejahte der Zeuge, da er, nachdem der Polizeipräsident selbst nicht anwesend war, als dessen Stellvertreter unbedingt zu beauftragt gewesen wäre. Auf die Frage des Verteidigers Rodewig: „Ist nach Ihrer Auffassung mehr verpflichtet, Sie zu verständigen, der Beamte vom Dienst, oder der nur zufällig anwesende Oberamann Friedl?“ erwiderte der Zeuge, man hat wohl nicht auf von einem zufälligen Anwesenden freisprechen, da er ja doch der Leiter des Sicherheitsdienstes war. Als solcher ist er auch der Vorgesetzte des Beamten vom Dienst. Die ganze Verantwortlichkeit, geht im Augenblick der Anwesenheit auf den Leiter des Sicherheitsdienstes über. Eine Pflicht, den Chef zu verständigen, besteht freilich nicht. Das ist eine Art ungeschriebenes Gesetz.“

Hierauf wurde der Zeuge,

Regierungsrat Friedrich Bernreuther, vernommen, der ausagt, daß Friedl Tätigkeit ihn weit nach rechts verschlagen hätte. In einer Besprechung des Kamp-

Hann-Münden. Seinem Leben durch Erhängen Ende bereitet hat in der elterlichen Wohnung der Werrakraftwerkes beschäftigte Arbeiter Heinrich H. Lebensmüde bewegt hat, seinem Leben ein Ziel zu setzen nicht bekannt. Man nimmt an, daß der Grund in Schwermut und leichtem Erregbarkeit zu suchen ist.

Schiff. Vor vier Jahren verschwand hier spurlos Schuhmacher S. Alle Nachforschungen nach ihm waren erfolglos. Seine Frau ermittelte schließlich die Ehecheidung und heiratete voriges Jahr wieder. Vor einigen Tagen erfuhr sie nun von dem Verbleiben eines Briefes aus Algerien, in dem er mitteilt, daß er sich in der Fremdenlegation befindet. Es ist ihm nicht gut und er bitte um die Überführung seiner Papiere, damit er wieder zur Entlassung käme.

Congenhar. In voller geistiger und körperlicher Freude feiert das Ehepaar Konrad Semmeln von hier die goldene Hochzeit. Aus diesem Anlaß wurden dem Jubelpaare reiche Ehrungen zuteil.

Saathaler

(Besler II.)
zweite Abssaat vom Original gibt ab

W. Wasmuth, Bischofferode

Goldmark Eilt Rentenmark

Große Geld-Lotterie

Ziehung 19. März 1924

4 Millionen 656000 Rentenmark

evtl. Hauptgewinne:

250000	—	200000	—	150000
100000	—	80000	—	70000
50000	—	45000	—	35000

Lose z. Preise v. Mk.: 2,50 incl. Porto u. Liste
versendet gegen Voreinsendung u. Nachnahme

Fr. M. Matthews, Hamburg 23

Miete für März.

Für den Monat März 1924 ist seitens des Kreisbauamtes folgende gesetzliche Miete festgesetzt worden:

1. für Verwaltungskosten usw. 5%
2. für Kosten laufender Instandsetzungsarbeiten 12%
3. für Betriebskosten 15%

Für die Berechnung ist die Friedensmiete (Juli 1914) maßgebend.

Im übrigen können die näheren Bestimmungen eingehalten werden.

Spangenberg, den 4. März 1924
Der Magistrat
Schier

Auh- und Brennholz-Verkauf der Stadt Spangenberg.

Am Dienstag, den 11. März 1924 1/9 Uhr vormittags werden in der Ratskellerei öffentlich nachstehende Auh- und Brennholzer öffentlich meistbietend verkauft etwa

90	rm	Fichten Auhzeit II. Klasse u. Auhknüppel
33	rm	Erlen Auhzeit I u. II. Klasse
6	rm	Birken Auhzeit II. Klasse
140	rm	Buchen Scheit und Knüppel
615	rm	Buchen Reis III. Klasse
38	rm	Erlen und Birken Scheit und Knüppel
190	rm	Erlen und Birken Reis III. Klasse
200	rm	Fichten Reis III. Klasse

Auskunft durch das Bürgermeistereamt.

Bekanntmachung.

Freitag, den 7. und Sonnabend, den 8. ds. Monats je von jedem 8 bis 12 Uhr vormittags gelangt das Strafgeld für Monat Februar 1924 in der alten Schule zur Erhebung um zwar:

Freitag, den 7. März Buchstabe B—Z
Sonnabend, den 8. März Buchstabe A—D.

Der Strempreis beträgt für Blatt 40 Pfg. und Kraft 37 Pfg. je KWSt.

Ferner werden mitgeteilt:

1. Wassergeld für II. Hälfte des Rechnungsj. 1923
2. Kreisbundessteuer für II. Halbjahr 1923
3. Gemeindebundessteuer für IV. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1923.

Die Bundessteuer beträgt:

- a) für den Kreis 6 Gml. für den 1. Grund und 6 Gml. für jed. weiteren Grund
- b) f. die Gemeinde 2 Gml. für den 1. Grund und 6 Gml. für jeden weiteren Grund.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß Mieter und Untermieter das Wassergeld an die Stadtkasse zu zahlen haben.

Es wird ersucht pünktlich Zahlung zu leisten, bei säumnis treten die gesetzlichen Folgen in Kraft.

Spangenberg, den 6. März 1923.
Die Stadtkasse
Beißheim.

Bitus Thavons Abenteuer.

Roman von Ernst Klein

Copyright by August Scherl G. m. b. H., Berlin 1923.
Nachdruck verboten.)

Das Raucermädchen trat an ihn heran, und jetzt erkannte Bitus auch ihre Elena.

„Zeuch! Jetzt er sich, oder hatte sie wirklich ein spöttisches Lächeln um den Mund?“

Die Hand in der Tasche, in der sein Browning steckte, trat er näher.

„Guten Abend!“

„Alle Nicht wandten sich ihm zu. Überall unverhüllte Feindschaft.“

„Ob es nicht besser war, den Keel gleich niederzuschießen?“ Herr Apollodoros Kymatis erhob sich, großartig, majestätisch, und machte ihm eine tiefe Verbeugung. So tief sie war, so höflich —

„Ob ich dich sofort niederknalle —?“

„Guten Abend, Herr Thavon“, sprach Kymatis mit seiner Bassstimme, die an Del und Fett auch in der Verlust nichts verloren zu haben schien. Er war dem Mittelau entsprengt geflohen, trug einen Sobentod über dunklem Wolhodem und hohe Filzgamaschen an den biden Beinen. Wie seine Leute, hatte er Revolver und Dolch im Gürtel. Wachte aber beiseite nicht den Eindruck eines Abenteuerers. Eines Salonmitglieds etwa. Ein verdammte ehtl. Er war in seinem Beruf.

Neben ihn trat jetzt ein Mann, in dem Bitus den Gast aus der Villa in Saloniki erkannte. Das war denn doch ein anderer Keel! Hoch, schlank, mit hübnem Gesicht. Elegant sogar in der Auhbergwandung.

„Er sprach einige leise Worte mit Kymatis. Dieser nickte und befahl den Antares, sich zurückzuziehen. Sie verschwanden in einer Ecke der Höhle, wo scheinbar der Zugang zu einer zweiten war. Elena ging mit ihnen. Sie wandte mit leisemem Blick den Kopf nach Bitus, als sie sich entfernte. Lag Spott darin — wirklich nur Spott? Oder doch noch andres —?“

Kymatis, der fremde Mann und Bitus blieben allein.

Der Fremde begann die Konversation in französischer Sprache. „Mein Name ist Stratos, ehemals Kapitän bei den königlichen Kavaliern“, sagte er.

Aus dieser Ausgabe wurden Seiten
entfernt (herausgerissen)

